

Antworten auf die Fragen des dbb - Beamtenbund und Tarifunion – Sachsen-Anhalt

1.

Der öffentliche Dienst ist der bedeutendste Beschäftigungssektor im Land Sachsen-Anhalt. Er erfüllt wichtige Funktionen im demokratischen Gemeinwesen und trägt hohe Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Linkspartei.PDS anerkennt diese Bedeutung. Das wird auch durch parlamentarische Initiativen zum Dienstrecht deutlich (siehe Antw. 2). Diese Positionen werden wir auch in den politischen Debatten in Vorbereitung der Landtagswahl 2006 öffentlich vertreten.

2.

Die Linkspartei.PDS unterstützt den vorgelegten Ansatz für eine Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Grundsatz sollen Planungssicherheit, Zeitökonomie, dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung sowie Transparenz sein. Die zwischen dem ehemaligen Bundesinnenminister und dem dbb bzw. ver.di vereinbarten Eckpunkte „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ sollten Grundlage für die Weiterentwicklung der Reform des Beamtenrechts sein. Wir begrüßen den vorgelegten Gesetzentwurf, der auf dieser Basis erarbeitet wurde. Die Linkspartei.PDS unterstützt die Schaffung eines funktions- und leistungsbezogenen Besoldungs- und Vergütungssystems, die Flexibilisierung des Laufbahnrechts und die bundeseinheitlich geltenden Regelungen bei Besoldung, Vergütung und Versorgung. Wir befürworten einen einheitlichen Tarifvertrag für Bund, Länder und Kommunen.

Das Dienstrecht sollte in Sachsen-Anhalt zukünftig durch ein einheitliches Dienstrecht ohne Trennung in Beamten – und Nichtbeamten-Status, abgebaute Hierarchien, eigenverantwortliches Handeln sowie Leistungsorientierung gekennzeichnet sein. Angesichts der Haushaltlage des Landes hatte sich die PDS bei der Einführung des Beamtenrechtlichen Sonderzahlungsgesetzes neben der Erhaltung des Kinderzuschlags und der eindeutigen Befristung der Regelung für eine stärkere soziale Staffelung der Sonderzahlungen zugunsten der unteren Besoldungsgruppen und für eine Verschiebung des In-Kraft-Tretens auf das Jahr 2004 ausgesprochen. Diese Vorschläge wurden weitgehend abgelehnt. Die Linkspartei.PDS steht, obwohl sich die Haushaltlage nicht grundlegend verbessert hat, zu diesen Vorschlägen. Allerdings sollten die Sonderzahlungen auf eine monatliche Zahlung umgestellt und eine stärkere soziale Ausgewogenheit zwischen den Beamtinnen und Beamten sollte garantiert werden.

3.

die Linkspartei.PDS begrüßt die leistungsorientierte Besoldung. Das neue Recht sollte weitestgehend dem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis entsprechen, so wie das in anderen europäischen Ländern der Fall ist.

4.

Die Linkspartei.PDS spricht sich gegen die Zersplitterung der Besoldungsstruktur und Kompetenzverlagerung auf Länderebene aus. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern würde sich weiter vertiefen, die Bezahlung nach Leistungsgesichtspunkten würde durch unterschiedliche Finanzierbarkeitmöglichkeiten in den Ländern konterkariert.

5.

Die Linkspartei.PDS ist für eine Aufhebung des Artikels 33 Abs. 5 GG und für die Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts. Wir unterstützen uneingeschränkt die Verpflichtung des Staates, für die öffentlich Bediensteten zu sorgen, und lehnen Eingriffe in soziale Sicherungssysteme ab.

6.

Die Linkspartei.PDS sieht im TvöD einen wichtigen Meilenstein bei der Reformierung des öffentlichen Dienstes.

Kritisch sieht die Linkspartei.PDS allerdings die Einführung eines Niedriglohnsektors. Dadurch sinkt die untere Gehaltsgruppe auf 1286 Euro ab, das sind 300 weniger als zuvor. Die Begründung für diesen Einschnitt im niedrigsten Vergütungsniveau ist zudem nicht nachvollziehbar. Das Argument, dadurch die Auslagerung kommunaler Dienstleistungen in die Privatwirtschaft zu verhindern, teilen wir nicht. Außerdem ist der Auslagerungsprozess hier bereits weit fortgeschritten.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Öffnungsklauseln, sollten mit Augenmaß behandelt werden. Die Linkspartei.PDS hält sie für legitim, wenn sie geeignet sind, starre Regelungen des öffentlichen Dienstes im Interesse einer besseren Aufgabenerfüllung zu flexibilisieren.

Insgesamt halten wir den TvöD für einen Schritt in die richtige Richtung.

Die Linkspartei.PDS steht für den Erhalt der Tarifautonomie. Eine Reform des Tarifvertragsgesetzes sowie der betrieblichen und unternehmensbezogenen Mitbestimmung werden wir dann unterstützen, wenn sie die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Massenkaufkraft erhöht. Tarifverträge sind bewährte Instrumente, um Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln und erfolgreiche Arbeit des öffentlichen Dienstes zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie den sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Allen Versuchen, das freie Aushandeln von Tarifbedingungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zu behindern, treten wir entgegen. Der Flächentarifvertrag, der unter regionaler Differenzierung einheitliche Standards für eine Branche setzt, darf auch im öffentlichen Bereich nicht geopfert werden.

7.

Die Linkspartei.PDS fordert die Stabilisierung der gesetzlichen Alterssicherungssysteme im öffentlichen Dienst. Notwendig ist die Zukunftssicherung der Pensionen durch die Anlage von Versorgungsrücklagen in voller Höhe der vorgenommenen Einsparungen. Die bereits bestehende Versorgungsrücklage ist in eine Versorgungskasse zu überführen, wobei zu prüfen ist, ob hierbei ein kapitalgedeckter Anteil sinnvoll wäre. Um die Finanzierung der Pensionen langfristig gewährleisten zu können, ist schrittweise die Eigenbeteiligung der Beamtinnen und Beamten an der Versorgung auszubauen. Auch der jeweilige Dienstherr soll in die

Versorgungskasse einzahlen, um eine paritätische Finanzierung zu sichern.

Den Beschäftigten muss Einblick in ihre künftige Versorgungssituation gewährt werden, gerade dann, wenn sie sich zusätzlich privat absichern sollen. Dies muss durch eine transparente Versorgungsauskunft ermöglicht werden.

Die Linkspartei.PDS fordert in ihrem Rentenkonzept mittelfristig die Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung, so würden ab einem bestimmten Stichtag alle neu eingestellten Beamtinnen und Beamten zu Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Alle anderen sollen nach den Vorstellungen der Linkspartei.PDS Vertrauensschutz genießen und weiterhin versorgungsberechtigt sein. Dieses Modell erfordert eine grundsätzliche Änderung des Beamtenrechts einschließlich der weitgehenden Angleichung der Besoldung an den BAT. Bis dahin muss eine Annäherung von Versorgungs- und Rentensystem stattfinden. Gleichzeitig müssen Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes in die Fördervoraussetzungen einer ergänzenden, kollektiven, privaten Altersvorsorge entsprechend dem Altersvermögensgesetz einbezogen werden und steuerlich mit Rentenversicherten gleichgestellt werden.

8.

Die Tatsache, dass vor allem junge, hochqualifizierte Menschen ihre Lebensperspektive außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt suchen, hält die Linkspartei.PDS für ein komplexes Problem und eine Herausforderung für die Entwicklung des Landes insgesamt. Auch der Zuzug junger Leute wird davon abhängen, in wie weit sie in Sachsen-Anhalt vor allem eine berufliche Zukunft, Chancen für die Verwirklichung ihrer Lebenspläne und für sie attraktive Lebensbedingungen erwarten.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt hat mit der Studie „Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ eine Strategie für die weitere Entwicklung des Landes öffentlich zur Diskussion gestellt.

Die Linkspartei.PDS hält hierfür einen Richtungswechsel in der Politik für erforderlich. Sie setzt auf Erneuerung und moderne zeitgemäße Entwicklungswege, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehen. Im Kern geht es uns darum, die Chancen besser zu nutzen, die aus der immer engeren Verzahnung von Innovations- und Emanzipationspotentialen in der modernen Gesellschaft erwachsen können. Dazu gehört vor allem die Stärkung der Bereiche Bildung und Wissenschaft, die Entwicklung einer vorsorgenden Sozialpolitik und die Entfaltung eines breiten demokratischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger.

Der zielgerichtete Ausbau der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen stellt für die Linkspartei.PDS eine zentrale Aufgabe dar. Neben deutlichen Wachstumsimpulsen durch wissenschaftliche Erkenntnisse erwarten wir davon auch eine Erhöhung der Attraktivität der Studien- und Qualifikationsangebote in Sachsen-Anhalt. Dazu gehören die Beförderung innovativer Studiengänge genauso wie die konsequente Ablehnung von Studiengebühren. Das kann ein wichtiger Grund für den Zuzug junger Leute sein.

9.

Vitale ländliche Räume mit einer gut funktionierenden Infrastruktur benötigen vor allem eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung mit lokaler Ökonomie und regionalen Wirtschaftskreisläufen. Ein Branchenmix, bestehend aus der Agrarproduktion mit Land-, Forst- und Fischwirtschaft, mit Gartenbau sowie der Verarbeitung und Vermarktung agrarischer Erzeugnisse sowie anderen Wirtschaftszweigen aus Handwerk, Gewerbe, Tourismus und Dienstleistungen mit hohem Innovationspotenzial sind von ihrem Charakter her in den differenzierten ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts die zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereiche zur Sicherung von Arbeit und Einkommen und können einen spezifischen Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Natur- und Kulturlandschaft leisten.

Voraussetzung für eine solche eigenständige wirtschaftliche Entwicklung mit regionalen Wirtschaftskreisläufen ist die Aktivierung der Potenziale vor Ort. Die staatliche Politik ist aufgefordert, in ganz anderem Ausmaß als bisher derartige örtliche Potenziale anzuregen und zu unterstützen. Dazu sind die Ansätze in den regionalen Entwicklungskonzepten und Programmen der Regionen weiter auszugestalten und zu qualifizieren.

Das Wegbrechen vieler Einrichtungen und Funktionen in den zurückliegenden Jahren hat einen Verlust an Identität in den Gemeinden bewirkt. Bei anstehenden Reformen ist darum die emotional integrierende und identitätsstiftende Rolle der Gemeinde unbedingt zu berücksichtigen.

Ländliche Entwicklungspolitik erfordert die Beachtung der spezifischen Siedlungsstrukturen und der Einmaligkeit der natürlichen Bedingungen in den unterschiedlichen Regionen. Die Haushaltspolitik des Landes muss darauf gerichtet sein, Strukturpolitik zugunsten des ländlichen Raumes zu ermöglichen, um einer Entsiedlung entgegenzuwirken.

Daraus resultiert ein besonderer Finanzbedarf, dem gerade in den ländlichen Räumen nicht immer nach den Grundsätzen höchster Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen werden kann. Diesen finanziellen Spielraum brauchen die Kommunen, um ihrer Verantwortung bei der Wahrnehmung der öffentlichen und insbesondere sozialen Daseinsvorsorge gerecht werden zu können. Über die Haushaltspolitik des Landes ist dieser Finanzbedarf angemessen zu sichern.

10.

Landesbetriebe können eine Vorstufe zur Privatisierung sein. Die Linkspartei.PDS möchte die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen stoppen und schrittweise rückgängig machen, wo dies dem Gemeinwohl entspricht. Sie wendet sich gegen Entwicklungen, den Zugang zu Bildung und Wissen mehr und mehr wie den Erwerb einer Ware zu gestalten.

Die mit der Privatisierung verbundene Einschränkung öffentlicher Verfügungsmacht lehnen wir ab. Wir unterstützen den Übergang staatlichen Eigentums in die Verfügung anderer Träger, wenn diese wirtschaftlich effektiv und auf sozial und ökologisch orientierte Weise zusammenwirken und die Verfügungsmacht im Interesse des Gemeinwohls gestärkt wird. Privatisierungen sollen deshalb in jedem einzelnen Fall darauf überprüft werden. Das setzt staatlich gesicherte Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards voraus.

Filke AK ↓

Wahlprüfung

**Wahlprüfsteine des dbb sachsen-anhalt zu den Landtagswahlen
am 26. März 2006**

1. Der öffentliche Dienst ist ein entscheidender Standortfaktor auch für unser Bundesland. Im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt arbeiteten Ende Juni 2003 rund 146 500 Personen. Warum ist der öffentliche Dienst kein Wahlkampfthema?
2. Mit dem Strukturreformgesetz liegt ein Entwurf für eine grundlegende Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechts der Beamtinnen und Beamten des Bundes vor. Unterstützen Sie das vorliegende Reformprojekt? Wie soll Ihrer Meinung nach in Zukunft das Dienstrecht der Landesbeamten in Sachsen-Anhalt gestaltet sein?
3. Kernstück der Reform ist die leistungsgerechte Bezahlung. Sie hat aber nicht nur Befürworter. Von den Kritikern wird immer wieder geltend gemacht, eine „gerechte“ Vergabepraxis sei bei Dienstherrn mit großem Personalkörper und unterschiedlichen Aufgaben kaum oder nur sehr schwer durchführbar. Was halten Sie von einer leistungsorientierten Besoldung und wie wollen sie diese umsetzen?
4. Wie stehen Sie zu den Plänen der Föderalismuskommission, die Kompetenzen für das Dienst- und Besoldungsrecht vollständig auf die Länder zu übertragen?
5. Sind Sie der Meinung, dass die notwendigen Strukturreformen im Rahmen der Verfassung möglich sind, oder treten Sie für eine Änderung des Artikel 33 Absatz 5 GG ein?
6. Wie ist Ihre Position zu dem von Bund, Kommunen und Gewerkschaften ausgehandelten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)? Wie wichtig ist Ihnen der Flächentarifvertrag?
7. Wie sieht die Zukunft der Renten und Pensions aus? Muss das Renten- und Pensionsalter erhöht werden?
8. Wie wollen Sie der Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt entgegenwirken und den Zuzug fördern?
9. Wie wollen Sie in Zukunft auch in den ländlichen Gebieten Sachsens-Anhalts eine gut funktionierende Infrastruktur vorhalten?
10. Öffentlicher Nahverkehr, kommunale Krankenhäuser, Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe, Bildungswesen, sogar die Ausgestaltung der Inneren Sicherheit stehen auf dem Privatisierungsprüfstand. Ausgliederungen von Betriebsteilen, Outsourcing von Aufgaben, Betriebsübernahmen, Fusionen usw. sollen die Haushalte entlasten. Seit der 4. Legislaturperiode hat sich im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform die Zahl der Landesbetriebe deutlich erhöht. Sehen Sie darin eine Vorstufe zur Privatisierung? Wie stehen Sie grundsätzlich zur Frage der Privatisierung öffentlicher Aufgaben?